

gruppen in den anderen Ländern der Republik sollte dieses Beispiel zum Nachdenken veranlassen, was bei ihnen getan werden kann, um die Bevölkerung an der Verschönerung der Heimat teilnehmen zu lassen. Durch die gemeindlichen Zusatzpläne gibt es tausend Möglichkeiten, notwendige Arbeiten ohne große Kosten durch die tätige Mithilfe der Einwohner ausführen zu lassen, sei es Straßenausbesserung, Erfassung unbebauter Flächen für Gartenland, Schaffung von Straßenbeleuchtung, Entschlammung von Wasserläufen und Teichen, Errichtung von Spiel- und Sportplätzen usw. Beim Aufbau der MAS ist die Solidarität der Einwohner schon oft erprobt worden. Wir sind mit dem Landesvorstand Mecklenburg einer Meinung, daß die Zusatzpläne in den kleinen Gemeinden eine Frage der guten oder schlechten Anleitung unserer Genossen in den Kreis- bzw. Gemeindeverwaltungen durch den Kreisvorstand ist.

Die Zusatzpläne dürfen nicht am grünen Tisch beschlossen werden. Diskutiert erst mit den Einwohnern darüber, nehmt ihre Anregungen und Vorschläge entgegen und beschließt erst danach den Plan, der dann zur Kontrolle jedem Haushalt zugestellt werden sollte! Jeder Mitbürger wird sich auf diese Weise angesprochen fühlen, und er wird dadurch zur Mitverantwortlichkeit an den Geschehnissen in der Gemeinde erzogen.

Das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Verwaltung ist dort ein gutes, wo es verstanden wurde, viele ehrenamtliche Mitarbeiter heranzuziehen. Auch auf dem Dorfe kann die Markenverteilung, die Fürsorge für Pflegekinder und vieles andere in die Hände von Frauen und Männern der Gemeinde gelegt werden. Wenn dieser Vertrauensmännerkörper auch politisch aufgeklärt wird, ist er ein wichtiges Werkzeug bei der Aufgabe, die Politik unserer Regierung den Massen klarzumachen.

Was kann von unserer Partei noch dazu getan werden? Eine Reihe Kreisvorstände ist bereits von der veralteten Arbeitsweise, Rundschreiben zu verschicken und „von oben“ Anweisungen zu geben, abgekommen. So schickt der Kreisvorstand Bernburg in Sachsen-Anhalt z. B. kommunalpolitische Berater zur Anleitung unserer Funktionäre in die Ortsgruppen. Der Kreis Dresden führt seine Schulungen über kommunalpolitische Fragen nicht mehr kreis- oder arbeitsgebietsweise durch; sondern faßt die kommunalpolitischen Funktionäre von jeweils zwei bis drei Gemeinden zusammen, um die Genossen möglichst vollzählig zu erfassen. In den Kreisen Templin, Zauch-Belzig und Ruppin in Brandenburg findet neben der Schulung der Verwaltungsangestellten durch den Kreisrat auch eine Schulung unserer Fraktionen durch die Partei statt, überall sollten unsere Genossen dafür sorgen, daß, wie in Dresden, in allen Kreisverwaltungen Schulungsreferenten eingebaut werden, die nicht nur die Kreisratsangestellten, sondern auch die Bürgermeister und Gemeindeangestellten mit ihren Aufgaben vertraut machen.

Sehr oft verstehen es unsere Genossen noch nicht, die Arbeitsmethoden in der Massenagitation dem neuen Bewußtsein der Menschen, das sie durch die Normalisierung des Lebens erhalten, anzupassen. So konnten unsere Genossen vom Landesvorstand Sachsen-Anhalt gerade noch den Bürgermeister von Görschütz, Kreis Bitterfeld, davon abhalten, ein Rundschreiben an die Bauern herauszugeben, in dem Zwangsmaßnahmen bei Nichtablieferung angedroht wurden. Heute beschwerten sich, wie uns der Agronom der MAS Roggendorf, Kreis Schwerin, Genosse Schröder, berichtet, die Bauern darüber, daß sie nichts über die wissenschaftlichen Neuerungen zu erfahren bekommen und daß es zu wenig Kino- und Theatervorstellungen im Dorfe gibt. Sie diskutieren nicht mehr um Hufnägel, sondern „sie wollen etwas vom Leben haben“. Wir sind davon überzeugt, daß diese Bauern und Dorfbewohner auch gern bereit sind, ihr Teil dazu beizutragen, wenn es gilt, das Leben im Dorf zu verbessern und zu verschönern. Auf die Partei kommt es an, daß dies sinn- und planvoll geschieht.

„Die Zusammenarbeit im Block muß darauf gerichtet sein, die demokratischen Kräfte zu fördern und den Kampf gegen die reaktionären Kräfte zu führen, in welcher Maske sie auch immer auftreten mögen.“

Aus der Entschließung der Ersten Parteikonferenz vom Januar 1949:

Die Auseinandersetzungen um Professor Hickmann und seinen reaktionären Kurs in der CDU haben weit über den Rahmen Sachsens hinaus Bedeutung erlangt.

Es ist nur natürlich, daß jetzt ein Aufatmen durch die Reihen der CDU geht und sich allenthalben die fortschrittlichen Kräfte rühren, um stärkeren Einfluß zu nehmen und aufzuräumen.

Wenn nunmehr die Leitungen der CDU mit offenen und ehrlichen Demokraten besetzt werden sollen, wenn die Einheit der demokratischen Kräfte im Block und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur Lösung all der großen vor uns stehenden Aufgaben gefestigt und gestärkt werden soll, dann müssen diese gesunden Auseinandersetzungen in der CDU durch unsere Partei die stärkste Unterstützung erhalten, dann müssen die fortschrittlichen Kräfte in der CDU, aber auch in der LDP, in ihrem Bestreben, durch ihre Parteien eine ehrliche und ohne Vorbehalt zu den gemeinsamen Beschlüssen stehende Politik durchführen zu lassen, einen sicheren Rückhalt finden.

In dem Aufruf des Partei Vorstandes zum Jahreswechsel wird, nachdem die Absichten der imperialistischen Kolonialherren aufgezeigt werden, gesagt:

„Es gilt, diese Absichten beizeiten zunichte zu machen. Dies kann nur geschehen durch die Verstärkung der Zusammenarbeit aller demokratischen und patriotischen Kräfte im Block und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und durch den gemeinsamen Kampf gegen alle feindlichen Agenten und ihre Helfer. Die Festigung der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte im demokratischen Block und in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist die wichtige politische Voraussetzung für die Sicherung des Friedens und die Wiedergeburt Deutschlands auf demokratischer Grundlage.“

Diese Feststellungen sind nichts anderes als die konsequente Fortsetzung der seit 1945 von uns erhobenen Forderung der Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien und Organisationen im Block. Wie kann man aber die Einheit der demokratischen Kräfte im Block herstellen und den Kampf gegen alle feindlichen Agenten und ihre Helfer gemeinsam führen, wenn die Blockausschüsse nicht überall bestehen oder nur formal bestehen, wenn man sich, wo sie bestehen, nur mit Personalfragen, Gewerbe- und Wohnungsangelegenheiten beschäftigt, wenn man Blockarbeit nur mit den Spitzen der anderen Parteien macht und sich nicht bemüht, die Mitglieder dieser anderen Parteien zur Mitarbeit heranzuziehen?

Die Auswirkungen einer solchen mangelhaften Praxis der Blockpolitik haben wir jetzt in Sachsen verspürt. Weil man in vielen Orten trotz der gegebenen Möglichkeiten keine Blockausschüsse hatte und keine Blockarbeit machte, weil unsere Genossen die Notwendigkeit der Einheit der demokratischen Kräfte bei der Durchführung der gegenwärtig vor dem deutschen Volke stehenden Aufgaben nicht erkannt und zum Teil in sektiererischer Weise die Blockarbeit überhaupt abgelehnt hatten, darum wurde es den reaktionären Kräften erleichtert, eine reaktionäre Entwicklung in der CDU zu betreiben. Und diese Entwicklung wurde dadurch gefördert, daß man in den Blockausschüssen sich nur mit Personalfragen und Gewerbe genehmigungen befaßte, anstatt die gemeinsamen politischen und Aufbauaufgaben zu beraten und zu lösen, und daß unsere Genossen sich nur mit den Spitzen der bürgerlichen Parteien beschäftigten, anstatt die Masse der fortschrittlichen Kräfte darin kennenzulernen und sie zu unterstützen.